

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäckerin-, Konditoren-, Lebküchner, Arbeiterin- u. Arbeitervorsteherinnen in der Zuckerwaren-, Schoko-, den- u. Keksfabrikindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M. 2

Erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsstuhl: Montag morgen 10 Uhr.

Abonnementpreis pro dreieinhalbseitiges Blattzelle 50 Pf., für die Zahlstellen 30 Pf.

## Verlässt nicht die Generalversammlung Eurer Zahlstelle?

### Die Entwicklung der Schokoladen-, Bäckerei-, Lebkuch- und Honigkuchen-, Keks-, Biskuit- und Kaffelindustrie während des Krieges.

Sobald der bis jetzt beendeten drei Kriegsjahre meist in dieser Industrie eine andere Entwicklung statt auf: 1914 sofort nach Kriegsausbruch erst riege Betriebsbeschränkung und gänzliche Schließung vieler Fabriken — 26,6 p.ßt. der beim Kriegsausbruch beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen wurden zunächst entlassen, und ein noch größerer Prozentus der Arbeiterschaft musste wochenlang mit der Arbeit aussehen; denn seitte Mitte September 1914 wieder ein außerordentlich hoher Beschäftigungsgrad ein, hervorgerufen durch in der Zwischenzeit erfolgte Leerung der Lager und Verkaufsstellen.

Das ganze Jahr 1915 zeigte in dieser Industrie eine Hochkonjunktur mit Riesenprofiten der Unternehmer, während sich die Arbeiterschaft nur mühselig da und dort einige Groschen pro Woche als Leistungszulagen erringen konnte. Die Herren Fabrikanten schwelgten im Überfluss ihrer Riesengenüsse, und immer höher gingen die Verkaufspreise der Fabrikate hinauf; sie standen in gar feinem Verhältnis mehr zu den allerdings auch bedeutend, aber doch lange nicht in solchem Maße gestiegenen Preisen der Rohmaterialien.

Mit Beginn des Jahres 1916 sah dann wieder die Stützung ein, von welcher sich schon in den letzten Monaten des Jahres 1915 die Vorboten bemerkbar gemacht hatten. Die bisher immer noch erfolgten Zufuhren von Rohstoffen blieben aus, und in bedeutsamen Einschränkungen der Fabrikation wurden nun erst noch die geringen im Vande vorhandenen Vorräte verbraucht unter Steigerung der Verkaufspreise der Fabrikate zu geradezu schwindender Höhe. Dann kam die Zuckerontwertung, und die Zuckererteilung an die Fabriken ging schließlich bis auf 25 p.ßt. des Friedensverbrauchs herunter. Das alles bemirkt die Stilllegung vieler Betriebe — für einzelne Betriebe allerdings nur vorübergehend —; andere Betriebe entließen einen großen Teil ihres Personals oder beschäftigten dieses nur an einzelnen Tagen der Woche, oder wohl an sechs Tagen in der Woche, aber dabei in verkürzter täglicher Arbeitszeit bis herunter zu vier Stunden pro Tag.

Daneben hatten im Jahre 1916 eine Anzahl Fabriken Kriegslieferungen, und denen fehlte es meistens nicht an Rohmaterial und auch nicht an äußerst gut bezahlten Aufträgen. Besonders die Mehrzahl der Keksfabriken hatte so das ganze Jahr hindurch eine äußerst bevorzugte Stellung inne, und sie hatten auch noch zum Jahresende Rohmaterial und Aufträge in Hülle und Fülle. Aber auch in diesem Teil der Industrie waren wiederholte große Schwankungen zu verzeichnen, da die Bestellungen für das Militär nicht immer in gleichmäßiger Weise einließen.

Bei solchen fortwährend sich überstürzenden Schwankungen und Störungen in der ganzen Industrie sahen wir einen kolossalen Wechsel der Arbeiterinnen; wenn sie in der Munitionswirtschaft oder in andern Zweigen der Fabrikindustrie lohnendere Arbeit finden konnten, verließen sie ihre immer mangelhaft bezahlte Stellung in diesem Berufe. Dieser Wechsel der Arbeitsstellen seitens der Arbeiterinnen brachte es natürlich mit sich, daß immer wieder Neulinge und besonders jugendliche weibliche Arbeitskräfte in großer Zahl in den Fabriken eingestellt wurden, selbstverständlich zu den Löhnen von Ausländerinnen, den niedrigsten Löhnen, die es in der Industrie überhaupt gibt! Die bisher noch in der Industrie arbeitenden Männer wurden in immer größerer Zahl zum Kriegsdienst eingezogen, und mit Ausnahme einiger

gelernter Leute im Alter von über 45 Jahren ist heute in mancher Fabrik keine gelernte Arbeitskraft mehr zu finden. Wo man aber auf männliche Arbeitskraft nicht ganz verzichten konnte, sehen wir auch hier immer mehr die Einstellung von ganz jugendlichen Arbeitern, selbstverständlich auch zu den niedrigsten in der Industrie üblichen Löhnen.

Ein allgemeiner Lohndruck nach unten war also das erste Ergebnis dieser sehr schwankenden Beschäftigung in der Industrie. Daraus hindern im allgemeinen auch die wenigen Fälle nichts, wo die Herren Fabrikanten, weil sie zu den bei ihnen üblichen zum Leben zu niedrigen Löhnen überhaupt keine Arbeitskräfte mehr bekommen können, den Verdienst pro Stunde um einige Pfennige erhöhen müssen, um nur Arbeitskräfte zu bekommen.

Von den im Jahre 1915 in manchen Fabriken errungenen Lohnzulagen ist unter solchen Schwankungen und Störungen kaum viel erhalten worden. Und die Organisation hat weiter durch Verlust einer ganzen Anzahl von Mitgliedern an Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in dieser Industrie verloren, wie das gar nicht anders erwartet werden könnte. Unter solchen Umständen war es ein großes Wagnis, auch im November des Jahres 1916 wieder zu versuchen, durch unsere Vertrauensleute in den Zahlstellen des Verbandes eine Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Fabriken vorzunehmen. Diese Erhebung wurde in den meisten Fällen durch Verbandsmitglieder vorgenommen werden, die in der Bäckereibranche arbeiten, und es zeigt deren Geschick und Arbeitseifer, wenn wir berichten können, daß die Verhältnisse in 277 Fabriken festgestellt wurden, also in 51 Fabriken mehr als im Jahre 1915 mit ertragten 226 Fabriken, und gar noch in 78 Fabriken mehr als im Jahre 1914 in 199 Fabriken, in denen seinerzeit nach Kriegsausbruch Feststellungen vorgenommen werden konnten.

Dabei ist auch diese Erhebung noch lange nicht vollständig; es fehlt darin eine ganze Anzahl Fabriken, von denen aber sicher auch jetzt sehr viele stillgelegt sind, also weder Arbeiter noch Arbeiterinnen beschäftigen.

Die Erhebung erstreckte sich (zum Vergleich sind auch die Zahlen früherer Erhebungen mit aufgeführt) auf:

Jahreszahl	Betriebe	Beschäftigte Personen
1916	277	18.058
1915	226	32.342
1914	226	31.353
1912	748	44.436
1910	789	88.460
1908	708	32.021

Jetzt sind also 14.284 Personen weniger in den 277 Betrieben beschäftigt als 1915 in den 226 Betrieben beschäftigt waren. In diesen steht bei der Erhebung erschaffen 277 Betrieben waren bei Kriegsausbruch insgesamt 34.459 Arbeitskräfte beschäftigt; es sind also darin 16.401 Arbeitskräfte oder rund 48 p.ßt. weniger beschäftigt als im Jahre 1914 vor Kriegsausbruch.

Von den jetzt erfassten Betrieben waren 26 zurzeit stillgelegt, beschäftigten also weder männliche noch weibliche Arbeitskräfte. Bei den übrigen Betrieben war der Rückgang an der Zahl der Beschäftigten gegen die Zeit vor dem Kriege natürlich nicht gleichmäßig, und wo die Zahl nur wenig gegen die Zeit vor dem Kriege gefallen oder gleich geblieben ist oder sich sogar noch erhöht hat, dort hat man natürlich mit Betrieben zu rechnen, die sogenannte Kriegslieferungen haben.

Folgende kleine Tabelle zeigt, wie verhältnismäßig zur Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen die Zahl der beschäftigten Männer systematisch zurückgedrangt wird; allerdings ist darin im letzten Jahre wieder eine kleine Wendung zum Bessern eingetreten, die allerdings gar nichts besagen will; denn wenn

die Zahl der Beschäftigten in einem Jahre so rasch gesunken ist, dann ist es klar, daß die Fabrikanten immer noch bestrebt sind, nach Möglichkeit wenigstens die ältesten, gut eingesetzten Männer ihrem Betriebe zu erhalten, weil sie sonst damit rechnen müssen, wenn der Betrieb wieder voll aufgenommen werden sollte, gar nicht mehr leistungsfähig zu sein.

Es wurden beschäftigt:

Jährliche Arbeitskräfte		Heutige Arbeitskräfte		
	zahl	Prozent der Gesamtzahl	zahl	Prozent der Gesamtzahl
1916	4707	26,01	13351	73,99
1915	6825	21,10	25617	78,90
1914	10515	33,54	20688	66,46
1912	15759	35,46	26677	64,54
1910	14532	37,78	23928	62,22
1908	13855	43,27	18166	56,73

Auch mit obiger Einschränkung liefern die Zahlen recht deutlich, daß die nach Ansicht der Fabrikanten wesentlich männliche Arbeitskraft in den Fabriken immer mehr durch die billige weibliche Arbeitskraft verdrängt wird. Würde heute die Knappheit am Rohmaterial zu beheben sein, so würden in erster Linie noch Arbeiterinnen in Masse eingestellt werden, und die noch vorhandenen wenigen Arbeiter, vor allen Dingen aber die an Zahl noch geringer in die Eröffnung trenden gelernten Arbeiter würden dann einfach zu gehen können, wie sie in jeder Abteilung mit der verhältnismäßig großen Masse von weiblichen Arbeitskräften die Arbeit fertigstellen — zum Wohl des heiligen Proitus der Herren Fabrikanten, die dadurch wieder eine bedeutende Summe an Lohn sparen!

### Neuerliche Bäckermeister.

Der Krieg hat mit eisernem Eisen auch unter den veralteten Anschauungen aufgeräumt, die viele Bäckermeister noch über ihr eigenes Gewerbe hatten, und es ist erfreulich, daß sich auch in der Tagespresse immer öfter Stimmen melden, die den noch vorhandenen Rest von Rückständigkeit auszurotten bemüht sind. Wenn bei solchen Gelegenheiten auch hin und wieder ein ungutredendes Urteil über andere Unternehmungen im Gewerbe gefällt wurde, so ist das nicht von Belang, denn derartige Textstücke korrigieren sich mit der Zeit von selbst — die Hauptache ist, daß erst einmal eindeutig gesagt wird, was in bezug auf Fortschritt im Berufe gesagt werden muß. In der ersten diesjährigen Nummer der Güntherischen Bäcker- und Konditor-Zeitung nimmt zu diesem Zwecke Bäckermeister Heinrich Altmann, Bonn, das Wort, und wir wollen seine Ansicht unterstellen, indem wir seine Ausführungen auch hier zum Abdruck bringen. Er schreibt:

Das Bäckergewerbe nach dem Kriege.

Unter diesem Stichwort fordert Obermeister Zeit aus Landsberg die Kollegen auf, sich zu den Ausführungen seines Vortrages zu äußern. Dem Kollegen Zeit gebührt gewiß Dank, als Obermeister frühzeitig auf die Bedingkeit hoffen, was unser Gewerbe zu erwarten hat, hingewiesen zu haben. Es dürfte schwerlich einem Zweifel unterliegen, daß nach dem Kriege schwere Zeiten in Aussicht stehen. Diesem frühzeitig zu begegnen, sollte Sorge jeder Firma und eines jeden tüchtigen Fachmannes sein. Es wäre falsch, sich auf Hilfe der Regierungen zu vertrösten. Hier wird der Sprach wieder gelten: Wer sich selbst hilft und sich nicht auf andere verläßt, dem ist geholfen. Welches sind nun die Gefahren, die unser Gewerbe drohen?

Durch die voraussichtliche Abschaffung der Nacharbeit wird unser Bäckergewerbe jugsägen völlig auf den Kopf gestellt. Wir werden vollständig umlernen müssen, und wer es versteht wird, sich den veränderten Verhältnissen schnell und richtig anzupassen, der wird alle Vorteile auch dann auf seiner Seite haben.

Um dies zu erreichen, muß jeder Kollege unter Aufwendung größerer Opfer danach trachten, seinen Betrieb zu modernisieren. Darunter verstehe ich Abschaffung eines leistungsschwachen Dampfkessels und guten Knetmaschine. Nur dann wird es möglich sein, in den kommenden veränderten Verhältnissen mit konkurrieren zu können; denn was kommt, wird ein Kampf sein der Starken gegen die Schwachen.

Unter diesen Städten verstehe ich das Kapital, oder besser, die Konsum- und Genossenschaftsbäckereien. Lassen wir uns nicht täuschen; groß war diese Konkurrenz schon vor dem Kriege, aber das war Kinderpiel. Diese Betriebe werden sich nach dem Kriege mit solcher Wucht auf unsere Bäckerei werfen, daß derjenige, der nicht eingemessen spanieren kann, zu Boden wird gerichtet werden. Preisunterbietungen werden folgen, und selbst wenn diese Betriebe anfangs mit Unterbilanz arbeiten sollten. Nicht leicht wird es sein, in diesen Fällen einzutreten, und Opfer wird es kosten.

Und welches sind die besten Waffen, um sich auf diesen Kampf vorzubereiten? Wie schon erwähnt, vorläufig und zumindest Einfachungen schaffen. Dafür muß jeder selbst sorgen. Eine weitere Basis, die nie im Kaufmännischen Leben verlagt ist, der gemeinschaftliche Einsatz der hauptsächlichsten Rohmaterialien. Leider wird das im Bäckergewerbe so vielfach verfehlt. Und woran liegt die Schuld? Es sei hier gefragt: weil die meisten Kollegen ihr Gewerbe zuviel als Kaufmann ausspielen, zu wenig aber als Kaufmann.

Auch drogen vielleicht die Einungen einen großen Teil Schuld dazu, daß Einfachungen dieser Art nicht getroffen werden. In diesem Punkte wollen und müssen wir lernen, und zwar von den Konkurrenten. Betrachten wir uns einmal eine Genossenschaftsbäckerei. Sie bezieht ihr Mehl maggenteuer, kauft nach Einholung von Differenzen mit 1000 Smt und mehr. Ähnlich erfolgt der Einsatz bei den andern Waren, die gehandelt werden. Der Zwischenhandel fällt aus, dessen Verdienst steht die Genossenschaft selbst ein. Und diese Vorteile erhöhen deren Leistungsfähigkeit und machen es ihr leichter, sich den fallenden Konkurrenten zu begegnen.

Und wie einfach ist es für uns Bäcker, unter gleich günstigen Bedingungen zu arbeiten. Fügt hier die Einung nicht zu, so müssen sich die kapitalistischen Kollegen zusammenholen. Mit der Anfang gemacht, sind die Vorleute erfaßt, so wird es leicht sein, andere zu veranlassen, diesen ungünstigen Vorteil zu folgen. Wenige Jahre genügen hier, durchgreifende Folge zu erzielen. Doch will ich unterstellen, kleinländischen Bedenken einzelner Kollegen entgegenzutreten, die da glauben, bei Einsatz in solche Genossenschaft ihre Farben offenlegen zu müssen. Das sind Ergebilder, die man sich selbst malt. Sicher einflügige und gebildete Kollege wünscht vor uns hier, was Verbrauch und Leistung unbelangt, sich gleich sein lassen.

Weiter möchte ich allen denjenigen Kollegen, die zur Erhöhung ihrer Leistungsfähigkeit noch nicht im Besitz einer geordneten Buchführung sind, es mir nahelegen, sich im neuen Jahre eine solche anzulegen. Sie bringt Überblick und Ordnung ins Geschäft, gewöhnt uns jederzeit Einblick, wohin der geschäftliche Fortschritt führt.

Leider ist bis heute in diesem Punkte viel gelehrt worden. Es ist sowohl geschehen, daß gerichtlicherseits die Buchführung eines Bäckers als Beweis noch einmal zugelassen wurde. Und das reden wir vor denen, die es nicht für nötig erachten, auf eine geordnete Buchführung zu halten, zu ihrem eigenen Schaden und zum Schaden des ganzen Gewerbes. Blossen wir uns zum Kampf, der uns nach dem Kriege von Seiten der Großbetriebe bevorsteht, rüsten, so dürfen wir keinen Augenblick vorliegen, die erwähnten Verhandlungen zu treffen. Nur dann wird es uns möglich sein, auch ferner unter schwierigen Verhältnissen unser Fortkommen zu sichern. Alle Vorteile, die solche Betriebe früher gegen uns voraus hatten, kommen uns dann auch zugute.

Haben wir uns folgende Punkte vor Augen: Von der Konkurrenz zu lernen, in unserer Gewerbe nicht nur Kaufmann, sondern auch Kaufmann zu sein. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben, vielleicht auch die Zeit nicht fern sein, wo wir sagen können, es waren schwere Zeiten und doch möglich.

## Das Nacharbeitsverbot steht uns für die Schweiz in Aussicht.

Das Blatt unserer schweizerischen Kollegen, die „Solidarität“, Organ des Centralverbandes der in der Lebens- und Gemütsmittelindustrie usw. beschäftigten Angestellten, bringt die erfreuliche Kunde, daß dort die Befreiung der Nacharbeit gleichfalls in Erwägung gezogen wird. Es wird gemeldet, daß aus Gründen der schwierigen Zustände von Lebensmitteln sich das schweizerische Oberriegelkommissariat geneigt habe, zu raten, mit welchen Mitteln der Brotkonzern eingeschrankt werden sollte. Das Oberriegelkommissariat glaubt, dieses Ziel durch ein Verbot des Verkaufs von frischem Brot, Belebung der Nacharbeit und Verbot der Herstellung von Klembrot, welche vom Centralverband des schweizerischen Bäcker- und Konditorenmeisterverbands am 8. Dezember 1916 an das Oberriegelkommissariat gerichtet wurde. Im Auszug der in unserem Verbande organisierten Bäckergesellen erklarten wir uns, Ihnen hiermit die Stellungnahme der im Bäckergewerbe beschäftigten Arbeitnehmer zu diesen Fragen zu unterbreiten.

Für die Unlöslichkeit des Nacharbeitsverbots aus dem Felde so zahlreich eingegangenen Gruppe und Friedenswünslige — aus allen Zuschriften sprach die unermüdliche Treue zur Organisation — von hier aus unsern herzlichsten Dank!

## Redaktion. Verbandsvorstand.

Nachstehend bringen wir den Wortlaut der Eingabe und wünschen, daß sich die Abmachungen der schweizerischen Kollegenschaft bestätigt. Wenn die Nacharbeit einstmal in der Form bestätigt sein wird, wie es in der Eingabe gefordert ist, so wird sich die Nachregel bald in allen Freuden der Bernerangehörigen Freunde erwerben, und die Arbeiterorganisation wird es dann an dem entsprechenden Nachdruck nicht fehlen lassen, daß das Nacharbeitsverbot auch dann und erhalten bleibt.

### Eingabe.

An das schweizerische Oberriegelkommissariat, Bern.

Wir entnehmen der schweizerischen Bäcker- und Konditorenzeitung vom 16. Dezember 1916 eine Eingabe, betreffend Verkauf von frischem Brot, Verbot der Nacharbeit und Verbot der Herstellung von Klembrot, welche vom Centralverband des schweizerischen Bäcker- und Konditorenmeisterverbands am 8. Dezember 1916 an das Oberriegelkommissariat gerichtet wurde. Im Auszug der in unserem Verbande organisierten Bäckergesellen erklärten wir uns, Ihnen hiermit die Stellungnahme der im Bäckergewerbe beschäftigten Arbeitnehmer zu diesen Fragen zu unterbreiten.

### 1. Verbot des Verkaufs von frischem Brot.

Wir sind der Überzeugung, daß durch ein Verbot des Verkaufs von frischem Brot bedeutende Einsparungen an dem heute so wichtigen Lebensmittel gemacht würden. Frisches Brot ist bekanntlich niemals so ausgiebig wie zum Beispiel Brot, welches mindestens 24 Stunden alt ist. Dabei ist gut ausgebildetes Brot bedeutend mehrkosten und leichter zu verdauen. Im Interesse der gesamten Bevölkerung und besonders der Minderbemittelten, deren Hauptnahrung heute Brot ist, müssen wir das Verbot des Verkaufs von frischem Brot begreifen.

### 2. Verbot der Nacharbeit.

Das Verbot des Verkaufs von frischem Brot kann nur durch durchgeführt werden, wenn damit auch ein Verbot der Nacharbeit im Bäckergewerbe verbunden ist. Keineswegs würde eine Einschränkung der Nacharbeit, wie sie von den Bäckermästern in ihrer Eingabe als Eventualvorberingung aufgestellt wird, genügen. Die übergroße Mehrheit der Betriebe beginnt unter den heutigen Verhältnissen die Arbeit erst nach Mitternacht. Würde zum dem Wunsche der Bäckermäster entsprochen und die Arbeit von abends 8 Uhr bis morgens 1 Uhr beziehungsweise 2 Uhr verboten, so würde am jetzigen Zustand absoolut keine Verbesserung erreicht. Es würden von dieser Einschränkung eben nur außerordentlich wenige Betriebe betroffen. Aber auch diese Betriebe wäre es mit Hilfe der modernen Technik (Zeigermaschinen, Teigteig- und Abmischmaschinen, Dampfschäfte) und Gärmittel leicht möglich, bis zum Morgen das gleiche Quantum frischer Brote herzustellen wie vor der Einschränkung der Nacharbeit. In Berlin haben es zum Beispiel die Bäckermäster nach Erfolg des Verbotes der Nacharbeit verfügt, die erste Lieferung an frischer Ware in einer Stunde bereitzustellen. Der Unterschied zwischen und das Verlangen eines Teiles der Konkurrenz nach frischer Ware am Morgen würde sicher zur allgemeinen Übertragung des Verbotes führen. Wir sind darum der Überzeugung, daß nur durch ein Verbot der Arbeit in den Bäckereien vor abends 9 Uhr bis morgens 7 Uhr der vom Oberriegelkommissariat erprobte Zweck erreicht werden kann. Nur wenn den Betrieben die Möglichkeit genommen wird, bis zum Morgen frisches Brot herzustellen, wird der Prozessumlauf eingehalten werden können.

Die Arbeiterschaft begrüßt ein Verbot der Nacharbeit allerdings noch aus andern Gründen. Die Bäckergesellen aller Länder kämpfen seit Jahren für die Befreiung der Nacharbeit. Die Gehirnerschütterung hat die Nacharbeit als außerordentlich gefährlich und absolut unmöglich erkannt. In vielen Ländern haben die Bestrebungen bereits zum Erfolg von Gesetzen geführt, welche die Nacharbeit im Bäckergewerbe verhindern. So ist die Nacharbeit in Italien, in Finnland, Norwegen, Deutschland und in Ungarn verboten. Griechenland, Dänemark, Schweden, Großbritannien, Vereinigtes Staaten von Nordamerika und Australien bestehen seit Jahren Nacharbeitsverbot. Auch die Arbeiterschaft im schweizerischen Bäckergewerbe strebt seit Jahren die Befreiung der Nacharbeit. Im Jahre 1911 richtete der Verband der Lebens- und Gemütsmittelarbeiter der Schweiz eine Petition, betreffend die Befreiung der Nacharbeit in den Bäckereien, an das schweizerische Industriedepartement zu Händen der Revisionskommission des Kantonsgerichtes. Die Petition wurde an die kantoneigene Generalbegehrungsabteilung verwiesen. Im Jahre 1913 fanden an allen größten Orten der Schweiz Versammlungen der Bäckergesellen zur Befreiung der Frage der Nacharbeit statt. Neben 1000 Bäckergesellen stimmten einstimmig einer Resolution zu, welche die Befreiung der Nacharbeit fordert. Im Kanton Zürich beschäftigt sich der Kantonsrat mit einem Gesetzentwurf, welcher das Verbot der Nacharbeit vor sieht. Die Forderung auf Abschaffung der Nacharbeit wird also von den Bäckergesellen schon seit Jahren erhoben. Es liegen über die schädlichen Wirkungen der Nacharbeit an die Gewerke der Bäder eine Reihe Gutachten von angesehenen Autoritäten vor, woraus wir hier nicht einzutreten wollen. Angenommen ist zum Beispiel, daß von den Bäckern ein bedeutend höherer Prozentsatz zum Militärdienst tauglich ist, als von Angehörigen anderer Berufe. Es ist dies eine Folge der Nacharbeit.

Die Bäckermäster, welche sich heute mit allen Mitteln gegen ein Verbot der Nacharbeit zur Wehr legen, dürfen sich, wie die Erfahrung in andern Ländern lehrt, bald mit dem neuen Zustand abfinden und werden sicher die Nacharbeit, welche auch ihnen ein richtiges Familienehe zu ermöglichen sucht, nicht mehr zu erlauben. Die Nacharbeit ist unserer Behauptung bewußt das Verhalten der Bäcker zu verüben werden.

meister im Deutschen. Genau so wie die schweizerische Bäckermästerchaft lichten auch sie mit aller Energie ein Verbot der Nacharbeit zu verhindern. Nachdem nun über die Nacharbeit in Deutschland bald zwei Jahre verboten ist und die Bäckermäster eingehalten haben, daß sie auch unter den neuen Verhältnissen ganz gut bestehen können, so können sie die Nacharbeit nicht mehr verhindern und treten gemeinsam mit der Arbeiterschaft für ein dauerndes Verbot der Nacharbeit ein. So veranlaßt zum Beispiel der deutsche Bäcker- und Konditorverein mit Vereinigung der deutschen Fleischindustrie unter soviel im Seete schwimmenden Bäckern eine Aktion über die ganze, ob die Nacharbeit dauernd durch Gesetz zu verbieten sei. In der Abstimmung verteilten sich 10677 Abstimmenden und 3796 Abstimmter. Für dauernde Verhinderung der Nacharbeit stimmten 10468 Abstimmenden und 3718 Abstimmter. Nur Stein stimmten mit 9 Abstimmten und 7 Neutralem. Ein großer Inhaber der Großbetriebe, welche im Anfang mit Schneidersleuten zu kämpfen hatten, steht bald dem neuen Zustande am. Durch entsprechende Beprüfung der Betriebe konnten sie die Produktion benötigen. Auch sie wollten die Nacharbeit nicht mehr. Mehrheitlich werden sich die Verhältnisse im schweizerischen Bäckergewerbe überzeugendlich Verbot der Nacharbeit gehalten.

Durch das Verbot des Verkaufs von frischem Brot wird ein bedeutender Rückgang der Produktion und damit für die Arbeiterschaft am Bäckergewerbe große Arbeitslosigkeit sicher eintreten. Wir müssen darum bemüht werden, von den Bundesbehörden zu fordern, daß sie durch Erfolg entsprechender Bestimmungen die sicher eintretende Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit einzudämmen. Als letztes Mittel dafür schlagen vor die Freigabe der zehnständigen täglichen Arbeitszeit und die Ausnutzung der sechsständigen Sonntagsruhe für die Bäckereien und Bäcklinge auch für diejenigen Betriebe, welche dem Fabrikgesetz nicht unterstellt sind, vor.

Wie oben angeführten Gründen ersuchen wir Sie höflich, in die zu erledigende Verordnung folgende Bestimmungen aufzunehmen zu wollen:

1. In Bäckereien, Konditoreien — einschließlich der Anlagen für Herstellung von Brötchen, Rets-, Kompottküchen, Gebäck, Käsekäse — auch wenn sie einen Teil von Gastronomien, Hotels oder alkoholfreien Wirtschaften bilden, ist die Arbeit für Meister und Arbeiter von abends 9 bis morgens 7 Uhr verboten.

2. In denjenigen Betrieben, welche dem Fabrikgesetz nicht unterstellt sind, beträgt die tägliche Arbeitszeit für Gehilfen und Lehrlinge zehn Stunden.

3. In sämtlichen obengenannten Betrieben ist die Arbeit vom Samstagabend 7 Uhr bis Montagnmorgen 7 Uhr gänzlich unterzagt.

Wir ersuchen Sie höflich, bei Ihren Entschließungsversammlungen entsprechende Berücksichtigung zu ziehen. Genehmigen Sie die Verabsiedlung unserer vollkommenen Hochachtung.

Zürich, den 28. Dezember 1916. (Unterschriften.)

## Der Arbeitstag.

Die deutsche Industrie befindet sich, im allgemeinen betrachtet, in außerordentlich günstiger Position. Ihre Tätigkeit war in der jüngst verlorenen Zeit noch angestrengter als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, auch macht sich in einer Reihe von Gewerben eine bessere Leistungsfähigkeit geltend. Dies gilt besonders für die maßgebenden Industrien des Bergbaues, der Eisen- und Metallindustrie, der elektrischen und chemischen Industrie usw. Nach dem Reichsarbeitsblatt war im November des vergangenen Jahres der Bergbau nur bedingt durch Mangel an Arbeitskräften behindert. In der Eisen- und Metallindustrie wie im Maschinen- und Apparatebau ist in letzter Linie eine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit zu konstatieren. In der elektrischen Industrie ist eine Verbesserung der Lage im Vergleich zum Vorjahr zu vermerken, teilweise war die Tätigkeit auch stärker als im Vorjahr. Für die chemische Industrie ist im großen und ganzen die Lage die gleiche geblieben. Für einige Hauptzweige gilt das vorhin bei der elektrischen Industrie Erachtete. Beweise für die Arbeitslage liefern uns wie immer die Nachweisungen der Statistik, Arbeitsnachweise usw. Die Nachweisungen der Krankenanstalten ergeben für die im Dezember vergangenen Jahren bestätigten Maßnahmen, dem Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber, eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 39.42 oder 2.37 vom Hundert (gegenüber einer Abnahme um 0.39 vom Hundert im Vorjahr). Die Zahl der weiblichen Beschäftigten hat dagegenüber eine Zunahme um 74.859 oder 18.9 vom Hundert erfahren. Im Vorjahr betrug die Zunahme 1.69 vom Hundert.

Im Vergleich zeigt sich die Abnahme der männlichen Beschäftigten größer geworden ist, ebenso ist aber auch die Zunahme der weiblichen Beschäftigten gestiegen. Insgeamt ist jedoch für November eine Abnahme der Beschäftigtenzahl um 24.574 oder 0.30 vom Hundert zu verzeichnen, während im Monat vorher eine Zunahme um 0.61 vom Hundert festgestellt war. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Bewegung der Beschäftigtenzahl im Berichtsmonat etwas günstiger.

Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in 35 Industrieverbänden, die für 781.512 Mitglieder berichteten, wurden Ende November 13.108 Arbeitslose ermittelt. Das sind 17.121 gegen 2.937 im Vorjahr. Die Arbeitslosenziffer der Verbände ist also weiter gesunken.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse erkennen, während für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen. Die Werte der Arbeitsnachweise vergeben für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse ergeben, für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen. Die Werte der Arbeitsnachweise vergeben für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse ergeben, für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen. Die Werte der Arbeitsnachweise vergeben für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse ergeben, für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen. Die Werte der Arbeitsnachweise vergeben für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse ergeben, für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen. Die Werte der Arbeitsnachweise vergeben für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse ergeben, für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen. Die Werte der Arbeitsnachweise vergeben für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse ergeben, für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen. Die Werte der Arbeitsnachweise vergeben für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse ergeben, für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen. Die Werte der Arbeitsnachweise vergeben für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse ergeben, für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen. Die Werte der Arbeitsnachweise vergeben für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse ergeben, für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen. Die Werte der Arbeitsnachweise vergeben für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse ergeben, für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen. Die Werte der Arbeitsnachweise vergeben für die männlichen Personen wiederum eine günstigere Gestaltung der Verhältnisse ergeben, für die weiblichen Beschäftigten eine — allerdings recht unbedeutende — Steigerung des Andrangs bestätigt. Im November lagen nämlich auf je 100 offenen Stellen für männliche Personen 60 Arbeitsuchende (gegen 64 im Vorjahr), während beim weiblichen Geschlecht die Antragsziffer von 135 Arbeitsuchenden für je 100 Stellen auf 136 Arbeitsuchende erhöht hat. Die bis Mitte Dezember reichenden weiteren Feststellungen lassen eine bemerkenswerte Veränderung dieses Zustandes nicht erkennen.

Arbeitsmarkt verbessert. In Schlesien ist der Anstieg von Arbeitsuchenden gestiegen; angelehnt ist in Hannover, Braunschweig und Oldenburg eine weitere Vergrößerung des Antranges von Arbeitsuchenden eingetreten.

Bei Bäcker und Konditoren ist ein starker Rückgang der Arbeitsuchenden zu verzeichnen, soweit dies auf Grund der Berichte der Arbeitsnachweise, die sich mit der Vermittlung dieser Berufe befassen, festgestellt werden kann. Bei diesen Arbeitsnachweisen wurden im November 1914 3094 Stellensuchende gebucht, denen 4147 Stellenangebote gegenüberstanden. Vermittelt wurden 2701 Stellen. Das dem Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage ergibt sich, daß auf je 100 Stellen 75 Arbeitsuchende entfallen. Im gleichen Monat des Vorjahres betrug diese Verhältniszahl 89; im November 1915 101, so ist also eine starke Verminderung des Antrages gegenüber den beiden Vergleichsmonaten eingetreten. Die Berichte der Industrie und über Handelsklassen lassen gleichfalls eine günstige Lage für die Arbeiter erkennen. Die Bäcker und Konditoren konnten den an sie gestellten Anforderungen nicht voll genügen; dem Vormonat gegenüber sind eine Steigerung der Beschäftigung um 10,8% in der Bäckerei und um die Hälfte in der Handelsklassen eingetreten. Die Bäcker und Konditoren konnten den an sie gestellten Anforderungen nicht voll genügen; dem Vormonat gegenüber sind eine Steigerung der Beschäftigung um 10,8% in der Bäckerei und um die Hälfte in der Handelsklassen eingetreten. Die Bäcker und Konditoren konnten den an sie gestellten Anforderungen nicht voll genügen; dem Vormonat gegenüber sind eine Steigerung der Beschäftigung um 10,8% in der Bäckerei und um die Hälfte in der Handelsklassen eingetreten. Die Bäcker und Konditoren konnten den an sie gestellten Anforderungen nicht voll genügen; dem Vormonat gegenüber sind eine Steigerung der Beschäftigung um 10,8% in der Bäckerei und um die Hälfte in der Handelsklassen eingetreten.

Fünf Ortskassen für Bäcker hatten am 1. Dezember verloste 1675 männliche und 364 weibliche versicherungspflichtige Mitglieder (abgängig der Staaten). Gegen den Vormonat trat eine Abnahme der männlichen um 1.932,1% und eine Zunahme der weiblichen Mitglieder um 4.557,3% ein. Zu 167 Ortskassen für Bäcker waren 26.777 männliche und 16.543 weibliche versicherungspflichtige Mitglieder (abgängig der Staaten und Wiednerinnen). Die Abnahme der männlichen Mitglieder gegen den Vormonat betrug 3.487,1%, die Zunahme der weiblichen Mitglieder 5.577,3%.

Wie sich die Vermögensfähigkeit der Arbeitsnachweise für Bäcker und Konditoren in den einzelnen Landesgebieten gestaltet, läßt sich folgender Tabelle entnehmen:

Landesgebiete	Bahl. ber.			Zur jede offene Stelle benötigte Arbeitssuchende
	Arbeitsuchenden	offenen Stellen	besetzten Stellen	
Preußen	59	31	38	1,15
Westpreußen	66	77	64	0,86
Berlin-Brandenburg	1456	1600	1395	0,91
Provinz Pommern	25	42	26	0,58
Posen	23	34	21	0,68
Schlesien	67	98	29	0,68
Sachsen	128	209	106	0,61
Strelitz-Holst.	74	120	74	0,61
Hannover	38	29	5	0,28
Westfalen	55	134	32	0,41
Hessen-Nassau	74	161	48	0,46
Rheinland	63	210	39	0,30
Königreich Bayern	271	223	137	1,21
Württemberg	227	294	214	0,71
Großherzogtum Baden	55	175	93	0,31
Hessen	121	203	96	0,59
Württemberg-Staaten, Oldenburg und Braunschweig	18	54	19	0,33
Hessen und Bremen	25	39	20	0,64
Hamburg	222	294	210	0,75
Elbe-Saale	29	61	20	0,57

Es wurden dieselben Arbeitsuchenden mehrmals vermerkt.

Über dem Gesamtdurchschnitt von 0,75 stehen Preußen, Westpreußen, Berlin-Brandenburg und Königreich Bayern; in allen andern Landesgebieten war die Verhältnisziffer geringer. In einigen Gebieten war die Zahl der Arbeitsuchenden im Verhältnis zur Zahl der offenen Stellen außfällig niedrig, so im Rheinland, in Württemberg, in Westfalen usw. Einige Landesgebiete blieben wegen der geringen absoluten Zahlen zu Vergleichen nicht herangezogen werden; aber auch in den Gebieten mit größeren absoluten Zahlen ist der Unterschied zwischen Angebot und Nachfrage sehr groß.

Die Neuembarierungen zum Heer spielen sicher dabei eine große Rolle, auch das Wehrmachtsgeschäft mag von Einfluß gewesen sein; an verschiedenen Punkten wird auch die bessere Bezahlung und die längere Arbeitszeit in anderen Industrien die Kollegen zum Verlassen der Branche veranlaßt haben.

## Preisseigerung der Lebensmittel und Kapitalansammlung in Skandinavien.

Wie die Wirtschaftsverhältnisse sich in Deutschland gestaltet haben, wurde bereits berichtet. Einige Angaben über die wirtschaftlichen Zustände in den nordischen neutralen Ländern aus der Feder unseres Kopenhagener Mitarbeiters P. N. ermöglichen uns Schlussfolgerungen auch auf die dortige allgemeine Lage. Nach vorraus, es bringt allerdings nur wenig Trost, daß die Kollegen der neutralen Länder gleichfalls in immer stärkerem Maße unter dem Kriege zu leiden haben; es möge darum stets betont werden, daß es der Kapitalismus ist, der ohne Ausnahme an diesem Kriege die Schuld trägt. Es ist der große und wahre Gegner der Arbeiterschaft der ganzen Welt. Deshalb hat es für die mehr Zweck, sich zu verstetigen und einander über die Landesgrenzen die Hände zu reichen, um ihre heutige Lage zu verbessern und ihr Ziel, die Übernahme aller Produktionsmittel durch den Staat, durchzuführen, als große Gegenjäger in der internationalen Arbeiterbewegung durch nationale Parteien hervorzurufen, das heißt sich von den Kapitalisten und ihren Kriegsbüchern trennen zu lassen.

Zuerst sei eine Erhebung über die Steigerung der Haushaltungskosten in Skandinavien in den zwei Kriegsjahren gebracht und dann eine solche über die Kapitalansammlung in Dänemark vom Herbst 1915 bis zum Herbst 1916.

Die erste Tabelle zeigt, wieviel eine Familie, die vor dem Kriege jährlich 2000 Kronen für ihre Haushaltung aufwendete, in den zwei Kriegsjahren dafür bezahlen mußte.

	Schweden		Norwegen		Dänemark	
	1914 Mcr.	1915 Mcr.	1914 Mcr.	1915 Mcr.	1916 Mcr.	1915 Mcr.
Nahrungsmittel	380	1172	265	935	1158	1374
Gefüllung	200	223	305	255	280	408
Brennmaterial						200
Beleuchtung	90	108	140	105	147	217
Wärmung (Wärme)	355	385	400	355	385	376
Steuer, Betriebs- und Vermehrungsabgaben	195	185	195	125	125	170
Vertriebshaus	200	262	256	225	263	317
<b>Summen</b>	<b>12000</b>	<b>2515</b>	<b>2561</b>	<b>2000</b>	<b>2038</b>	<b>2817</b>
<b>Summen</b>	<b>12000</b>	<b>2515</b>	<b>2561</b>	<b>2000</b>	<b>2038</b>	<b>2789</b>

Steigerung im Prozenten:						
	Schweden	Norwegen	Dänemark			
1914-1915	-15,8	-16,9	-16,5			
1914-1916	-26,1	-40,9	-39,5			

Nehmen wir über die Steigerung der Lebensmittelpreise in den zweitkriegerischen Jahren für Schweden und gehen nun der Grundzahl 100 aus, dann zeigt sich die Steigerung in den folgenden Ziffern:

	Schweden	Norwegen	Dänemark
Juli 1914	100	100	100
Juli 1915	128	129	141
Juli 1916	149	162	170

Die Steigerung der Lebensmittelpreise beträgt also in Schweden 49,0%, in Norwegen 62,9% und in Dänemark 70,3%.

So haben sich die Verhältnisse für die arme Bevölkerung während des Krieges gehalten.

Wie ist es aber mit den Kapitalisten gefallen? Haben sie auch unter dem Druck des Krieges gelitten? Darauf liefert die nachstehende kleine Tabelle, welche die Kapitalansammlung in Dänemark während des Jahres vom 1. Oktober 1915 bis zum 30. September 1916 zeigt, die Antwort.

Wir schätzen voraus, daß die dänische Finanzwelt während des Krieges ihren Status um ungefähr eine Milliarde Kronen verbessert hat. Vor dem Kriege hatte Dänemark eine Schuldenbilanz von 800 Millionen Kronen, jetzt ist es ungeliebt; denn die dänischen Kapitalisten haben nunmehr im Auslande ein Guthaben von rund 200 Millionen Kronen.

Die Vermehrung des dänischen Aktienkapitals in dem Jahre 1915/16 um 309.750.000 Kronen zeigt die Kapitalansammlung im Innlande. Es entfallen davon auf:

Banken	41.800.000 Kronen
Industrie	80.900.000
Handelsverkehr	48.800.000
Berufssicherungsgesellschaften	41.250.000
Schiffsviertel	84.200.000
Fischerei	9.300.000
verschiedenes	2.500.000

## Früchtung und Kriegswirtschaft in Österreich.

II. Aufgrund der langen Protestionsmaßnahmen bei der Abgabe von Lebensmitteln durch die Kaufleute haben, wie Gunn, Freimlich in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau" mitteilt, die unter dem Kriegsleistungsgesetz stehenden Arbeiter der österreichischen Kriegswirtschaft erfordert, wenn sie nicht besser versorgt würden, müssen sie ihre Leistungen verringern. Darauf hat das Kriegsministerium den Gewerkschaften zugesagt, es sei bereit, die Versorgung der Arbeiter aller Kriegsdienstleistenden Betriebe in den Verpflegungsverband der Armeen aufzunehmen, wenn die Organisation der Arbeiter die Sache praktisch durchführen.

Die Gewerkschaften, die ebenfalls einen Verteilungsapparat haben wie das Kriegsministerium, haben nach langen Verhandlungen mit den Konsumvereinen eine neue gemeinschaftliche Organisation geschaffen, die als Lebensmittelverbund der Kriegsdienstleister zu arbeiten begonnen hat. Der Organisation gehören die Unternehmer, die Gewerkschaften und die Großraumausgeführten der österreichischen Konsumvereine an, auch der Verwaltungsausschuß besteht aus Vertretern aller drei Organisationen. Die praktische Durchführung wird von allen gemeinsam geleistet, ebenso auch die Großraumausgeführten den Gewerkschaften zu leisten hat.

Die Konsumvereinsmitglieder werden ebenso versorgt wie die Kriegsleister, da bei vielen beiden Eigenschaften zusammenfallen und die Mitgliedschaften nicht verschieden behandelt werden können.

Außerdem gehören dem Lebensmittelverbund 400 Betriebe mit mehr als 200.000 Arbeitern an. Es kommen nun auch die Wiener Fabrikarbeiter, die Kaiserliche Münze und die Arbeiter der Fabrikregie hinzu. Die Konsumvereine und der Lebensmittelverbund verzögern in Wien nun 575.000 Menschen, ein Fünftel der Wiener Bevölkerung, wenn man die eingezogenen Soldaten abzieht, genauso ein Drittel. Die Arbeiter des I. und II. Arsenals sind sofort den Konsumvereinen als Mitglieder beigetreten, und die Geschäftsräume werden ihnen von der Militärverwaltung nach und nach abgeführt.

Praktisch wird die Sache so getreut, daß der Erste Niederösterreichische Arbeiterkonsumverein, der die größten Eigenbetriebe innerhalb der Wiener Vereine besitzt, die Verteilung und Versorgung - zuvor auf die Konsumvereine übernommen hat, während die Großraumausgeführten die 400 Betriebe direkt beteiligt. Die Speisen werden von dem Lebensmittelverbund getragen, so daß die Großraumausgeführten die 400 Betriebe direkt beteiligt. Die Speisen werden von dem Lebensmittelverbund getragen, so daß die Großraumausgeführten die 400 Betriebe direkt beteiligt. Die Speisen werden von dem Lebensmittelverbund getragen, so daß die Großraumausgeführten die 400 Betriebe direkt beteiligt.

Der Chemiker Konsumverein hat die Leistungszulage von 8 auf 16 p.M. erhöht, und es erhalten nun die Bäcker nördlichlich 16,50, Südbäcker entsprechend mehr. Der Betrag kommt aber nur monatlich zur Auszahlung.

Der Konsumverein in Salzburg hat zu Weihnachten eine einmalige Leistungszulage zur Auszahlung gebracht, und zwar für Bevölkerete 16,30, für Ledige 16,15 und für Arbeiterrinnen 16,10.

Der Esslinger Konsumverein zahlt seit 1. Dezember eine wöchentliche Leistungszulage von 16,3, bisher betrug sie 16,2.

Der Konsumverein in Ebenfurth über 1.2. hat ab 11. November eine laufende Zulage von 16,2 wöchentlich zur Auszahlung gebracht. Den Kärtl hat dieser Verein aber leider noch nicht anerkannt.

Die neue Organisation, am heutigen Tag benannt, besonders wichtig Abgeordneter Dr. Steiner. Obmann des Bezirksteils der Konsumvereine, mitgewirkt hat, beginnt sich so zu bewähren, doch man kann darübergehn, ob er auf Niederösterreich und sonst auch auf Südböhmen auszuüben. Es sollen Friedensdienstleiter den Konsumvereinen zugewiesen werden. Das wird zur Gründung einer Reihe von Bezirkorganisationen führen, die natürlich wieder die Bezirksteile Konsumvereine für den Frieden vorbereiten werden. So wird innerhalb des

